



# Beteiligungskonzept

## Weiterentwicklung der Bürgerbeteiligung im Landkreis Marburg-Biedenkopf



Triologischer Prozess

Bürgerschaft • Politik • Verwaltung

Das Beteiligungskonzept wurde erstellt unter fachlicher und moderativer Beratung von:

City & Bits GmbH  
Schreinerstraße 56  
10247 Berlin  
Tel.: 030 405055-0  
Fax: 030 405055-29  
www.cityandbits.de

**CITY&BITS**

**Impressum:**

Landkreis Marburg-Biedenkopf  
Fachbereich Büro der Landrätin  
Fachdienst Bürgerbeteiligung, Ideen- und Beschwerdemanagement  
Im Lichtenholz 60, D-35043 Marburg

**Ruth Glörfeld (Fachdienstleitung)**

Telefon: +49 6421 405-1212

Fax: +49 6421 405-921212

E-Mail: [buerbeteiligung@marburg-biedenkopf.de](mailto:buerbeteiligung@marburg-biedenkopf.de)

Web: <http://www.marburg-biedenkopf.de>

Fotos: Landkreis Marburg-Biedenkopf, Georg Kronenberg

Layout: Daniela Deuermeier, FD Bürgerbeteiligung, Ideen- und Beschwerdemanagement

**Marburg, Januar 2016**

## Grußwort



Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

mir ist es wichtig, dass Sie in unserem Landkreis die Möglichkeit haben, sich an Entscheidungsprozessen von Politik und Verwaltung zu beteiligen und so Ihre Ideen, Ihr Wissen und Ihre Sicht der Dinge einbringen können. Ich bin davon überzeugt, dass dies in unserer heutigen Gesellschaft sinnvoll und auch notwendig ist. Mit diesem Anspruch bin ich angetreten und dementsprechend freue ich mich sehr, Ihnen nach der Erstellung des Beteiligungskatasters nun mit dem vorliegenden Konzept einen weiteren Meilenstein auf diesem Weg vorstellen zu können.

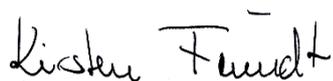
Zu vielen Themen werden seit längerem erfolgreiche Informations- und Beteiligungsformate angeboten. Die Einbeziehung der Kreisgesellschaft ist damit weder der Verwaltung noch der Politik in Marburg-Biedenkopf grundsätzlich neu. Mir war es ein Anliegen, diesen bestehenden Angeboten einen einheitlichen Rahmen zu geben. Dazu wurde eine einheitliche Struktur mit einem klaren Verfahren geschaffen, konkrete Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner benannt und, soweit wir als Landkreis über die entsprechenden Freiräume verfügen, auch um neue Themenfelder ergänzt.

In dem Ihnen nun vorliegenden Konzept finden Sie all das – als Ergebnisse des „Triologs“, also vieler Gespräche mit Ihnen, den Bürgerinnen und Bürgern, den politischen Vertreterinnen und Vertretern sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Kreisverwaltung. Außerdem finden sie mögliche Abläufe, Methoden und einen ersten Handlungsleitfaden zur Durchführung von Beteiligungsprozessen.

Dabei bleibt das Konzept flexibel. Ein solcher Prozess ist nie ganz abgeschlossen und das soll er auch nicht sein – ich bin mir sicher, dass wir durch die praktische Durchführung kommender Beteiligungsverfahren weiterhin dazulernen werden. Dabei bleibt uns die Möglichkeit, unseren Weg der Beteiligung auch zukünftig zu ergänzen, zu verfeinern und so gemeinsam fortzuschreiben.

Bevor wir aber zum Optimieren kommen, soll es nun erst einmal losgehen! Ich würde mich freuen, Sie schon bald im Zuge unserer Beteiligungsangebote begrüßen zu können – im fairen Miteinander zwischen Kreisgesellschaft, Verwaltung und Politik.

Ihre



Landrätin

# Inhalt

1	Einleitung .....	6
2	Zweck des Beteiligungskonzeptes.....	8
3	Einordnung der Bürgerbeteiligung .....	9
4	Phase 1: Verwaltung .....	11
4.1	Zielsetzungen, Ansatzpunkte und Anforderungen .....	11
4.1.1	Zielsetzungen.....	11
4.1.2	Ansatzpunkte und Themen der Bürgerbeteiligung.....	14
4.1.3	Matrix: Ansatzpunkt im Detail nach Fachbereichen und Stabsstellen .....	16
4.1.4	Verwaltungsweite Aspekte der Behördeninformation und -kommunikation.....	20
4.2	Chancen und Risiken .....	21
4.3	Interne Organisation, Strukturen und Methoden.....	22
4.3.1	Organisatorische Strukturen und Rollen .....	23
4.3.2	Abläufe und Zusammenarbeit .....	26
4.3.3	Methoden .....	29
4.3.4	Bürgerbeteiligung in der Ausbildung.....	32
5	Phase 2: Politik .....	33
5.1	Ziele und Verständnis.....	34
5.2	Ansatzpunkte .....	34
6	Phase 3: Bürgerschaft.....	36
6.1	Ziele und Verständnis.....	37
6.2	Ansatzpunkte und Themen.....	38
7	Zusammenfassung und Ausblick.....	39
8	Fazit des Dialogs: Leitlinien .....	41
9	Abkürzungsverzeichnis.....	42

## Abbildungen und Tabellen

<i>Abbildung 1: Beteiligungspyramide (in Anlehnung an Zebralog) .....</i>	<i>10</i>
<i>Abbildung 2: Generelle Ziele der Bürgerbeteiligung aus Sicht der Kreisverwaltung.....</i>	<i>11</i>
<i>Abbildung 3: Strategische Ziele der Bürgerbeteiligung der Kreisverwaltung .....</i>	<i>12</i>
<i>Abbildung 4: Operative Ziele der Bürgerbeteiligung der Kreisverwaltung .....</i>	<i>13</i>
<i>Abbildung 5: Ansatzpunkte und Themen der Bürgerbeteiligung.....</i>	<i>15</i>
<i>Abbildung 6: Chancen und Risiken im Zuge der Weiterentwicklung von Angeboten zur Bürgerbeteiligung .....</i>	<i>21</i>
<i>Abbildung 7: Organisatorische Aufgaben und Rollen im Überblick.....</i>	<i>23</i>
<i>Abbildung 8: Beteiligungsprozess im Landkreis Marburg-Biedenkopf .....</i>	<i>28</i>
<i>Tabelle 1: Zentrale Aufgaben und Abläufe zur Weiterentwicklung der Bürgerbeteiligung.....</i>	<i>26</i>
<i>Checkliste 1: Eignungsbewertung eines Themas.....</i>	<i>29</i>
<i>Checkliste 2: Handlungsleitfaden zur Durchführung von Beteiligungsprozessen.....</i>	<i>31</i>

# 1 Einleitung

Seit den 1960er Jahren gewinnen die Themen rund um die Fragestellung der Demokratieentwicklung immer mehr an Bedeutung. Auch außerhalb des etablierten Politikbetriebes sind Bürgerinnen und Bürger zunehmend bereit, sich für die Gestaltung ihrer Lebenswirklichkeit zu engagieren, ihre Perspektive und Expertise einzubringen.

Dazu erwarten Bürgerinnen und Bürger<sup>1</sup> früher, häufiger und aktiver in die Planungs- und Entscheidungsprozesse von Politik und Verwaltung einbezogen und über geplante Vorhaben sowie über die Möglichkeiten eines Engagements informiert zu werden.

Mittlerweile reagieren viele öffentliche Verwaltungen auf diese Anforderungen und bringen die verschiedensten Konzepte zur Entwicklung von Informations-, Transparenz- und Partizipationsangeboten auf den Weg. Diese Veränderungsprozesse werden auch in Landkreisverwaltungen spürbar. Der Landkreis stellt sich mit dem Kreistagsbeschluss vom 16.05.2014 dieser Herausforderung. Mit dem von Landrätin Kirsten Fründt initiierten und eingerichteten Fachdienst Bürgerbeteiligung, Ideen- und Beschwerdemanagement hat der Landkreis Marburg-Biedenkopf die strukturelle Voraussetzung für die Weiterentwicklung und den Ausbau von Bürgerbeteiligungsprozessen geschaffen. Dabei kann auf bereits vollzogene Entwicklungen aufgebaut werden: Denn der Paradigmenwechsel hin zur „Bürgerkommune“ hat im Landkreis Marburg-Biedenkopf längst begonnen. So beinhaltet schon das 1997 beschlossene Leitbild der Kreisverwaltung Marburg-Biedenkopf Grundsätze der Transparenz des Verwaltungshandels und zur Bürger- und Kundenorientierung. Mit dem Kreistagsbeschluss vom 16.05.2014 geht der Landkreis Marburg-Biedenkopf nun einen weiteren Schritt hin zur Bürgerkommune.

Wichtige Aspekte der **Bürgerkommune** sind:

- Transparenz mit Blick auf Prozesse und gefällte Entscheidungen (Prozess-transparenz)
- Information der Bürgerschaft (frühzeitig und umfassend)
- Partizipation (Bürgerbeteiligung an politisch-administrativen Planungs- und Entscheidungsvorbereitungsprozessen)
- Bürgerengagement (bürgerschaftliches Engagement, Bürgerarbeit, Ehrenamt)
- Zusammenarbeit in Netzwerken

Informations- und Beteiligungsangebote sind im Landkreis Marburg-Biedenkopf nicht neu. Es gibt bereits etablierte Formate:

- Einerseits ist auf die formellen, gesetzlich vorgeschriebenen Beteiligungsverfahren, zum Beispiel im Bereich Immissionsschutz (bspw. Genehmigungsverfahren im Rahmen des BImSchG) oder der Gremien des Kreistags und Kreisausschusses (Ausschüsse, Beiräte, Kommissionen) zu verweisen.

---

<sup>1</sup> In diesem Beteiligungskonzept sind, wird von Bürgerinnen und Bürgern gesprochen, nicht nur die Wahlbürgerinnen und Wahlbürger im engeren Sinne gemeint, also diejenigen, die das Wahlrecht ausüben dürfen, sondern explizit auch die Einwohnerinnen und Einwohner des Landkreis Marburg-Biedenkopf, die noch nicht das Wahlalter erreicht haben und/oder keinen deutschen Pass besitzen und daher das Wahlrecht nicht ausüben dürfen. Sprich: Mit Bürgerinnen und Bürger sind hier alle Menschen gemeint, die im Landkreis Marburg-Biedenkopf wohnen oder arbeiten.

- Andererseits bestehen Erfahrungen mit informellen Verfahren, beispielsweise anlassbezogene, zeitliche befristete Teilnehmungsformate im Klima-, Umwelt- und Naturschutzbereich, der Regionalentwicklung, im Bereich Familie, Jugend und Soziales sowie in der Altenhilfe.
- Darüber hinaus bestehen kontinuierliche Angebote, wie zum Beispiel das Ideen- und Beschwerdemanagement sowie die Bürgersprechstunde der Landrätin.

HINWEIS:  
SIEHE DOKUMENTATION DER  
BESTEHENDEN  
BETEILIGUNGSANGEBOTE IM  
BÜRGERBETEILIGUNGSKATASTER  
(STAND: MÄRZ 2015)

Die **bestehenden Informations- und Teilnehmungsangebote sollen** dort, wo es sinnvoll ist, **weiterentwickelt und ausgebaut werden**. Dazu wurden im Rahmen eines dialogischen Prozesses zwischen Verwaltung, Politik und Bürgerschaft ein gemeinsames Verständnis, gemeinsame Zielstellung und Ansatzpunkte von Bürgerbeteiligung im Landkreis erarbeitet.

Die Aktivitäten des Landkreises stoßen auch auf überregionales Interesse. Die Ergebnisse des Prozesses finden Eingang in den bundesweiten Erfahrungsaustausch zu Bürgerbeteiligungsprozessen, wie beispielsweise im Netzwerk „Allianz Vielfältige Demokratie“ der Bertelsmann Stiftung und im Netzwerk Bürgerbeteiligung der Stiftung Mitarbeit.

Mit der Etablierung neuer Informations-, Teilnehmungs- und Kooperationsmöglichkeiten beschäftigen sich derzeit viele Verwaltungen. Vor allem aber Städte und Stadtverwaltungen versuchen neue Angebote zu schaffen und Bürgerinnen und Bürger stärker einzubeziehen. Unter Kreisverwaltungen ist ein so systematisches Vorgehen, wie es vom Landkreis Marburg-Biedenkopf nunmehr bereits begonnen wurde, bisher noch nicht üblich. Der Landkreis Marburg-Biedenkopf beschreitet damit neue Wege und hat damit auch **Vorbildfunktion für andere Landkreise** in Deutschland.



## 2 Zweck des Beteiligungskonzeptes

In der ersten Phase wurden in der Verwaltung Zielsetzungen, Grundsätze und Ansatzpunkte aus fachlicher Sicht definiert und in der **Startvereinbarung** festgehalten. In der zweiten und dritten Phase wurde der Austausch auf Politik und Bürgerschaft ausgeweitet. Im Rahmen von Workshops, einer Bürgerumfrage und Bürgerkonferenzen wurde die Ausgestaltung von Bürgerbeteiligung diskutiert und betrachtet. Die Phasen wurden nacheinander durchgeführt, die Ergebnisse sind jedoch integriert zu verstehen.

**Im Nachgang des dialogischen Prozesses wird die Startvereinbarung nun in ein Beteiligungskonzept überführt.**

Die **Startvereinbarung** diene zunächst als Grundlage für die weiteren, insbesondere mit der Öffentlichkeit zu führenden Diskussionen über die Einordnung und Weiterentwicklung der Informations- und Bürgerbeteiligungsangebote im Landkreis Marburg-Biedenkopf.

Sie war Basis eines offenen und lernenden Entwicklungsprozess, mit der Zielsetzung, die Rolle und Funktionen, Potenziale und Grenzen der Bürgerbeteiligungsangebote im Landkreis Marburg-Biedenkopf gemeinschaftlich festzulegen.

Darüber hinaus sollte die Startvereinbarung zur **Orientierung** dienen, um erste **Ansatzpunkte und Themen** zu ermitteln, die besonders gut für den Aus- oder Neubau von Informations- und Beteiligungsangeboten geeignet erscheinen. Diese sind im Beteiligungskonzept aufgeführt.

Ebenso wurden erste **Grundsätze und Erfolgsfaktoren für Bürgerbeteiligung** formuliert, die im späteren Prozess, insbesondere unter Einbindung der Politik und Bürgerschaft, diskutiert und vertieft wurden.

Im Rahmen des Austausches mit Politik und Bürgerschaft konnten Vorstellungen geschärft, Ziele, Ansatzpunkte, Chancen und Risiken konkretisiert werden. Im Rahmen des vorliegenden Beteiligungskonzeptes wurden die Ergebnisse des dialogischen Prozesses aus Verwaltung, Politik und Bürgerschaft zusammengeführt.

HINWEIS:  
ÜBER DAS BETEILIGUNGSKONZEPT  
HINAUS STELLT DAS  
BÜRGERBETEILIGUNGSKATASTER EINE  
WICHTIGE GRUNDLAGE DAR. DARIN  
SIND DIE DERZEITIG GENUTZTEN  
FORMELLEN UND INFORMELLEN  
BETEILIGUNGSVERFAHREN  
DOKUMENTIERT UND WIRD JÄHRLICH  
AKTUALISIERT.

### 3 Einordnung der Bürgerbeteiligung

Die Begriffe Bürgerbeteiligung oder auch Partizipation werden in der (medialen) Öffentlichkeit mit den unterschiedlichsten Bedeutungen und Hoffnungen auf „mehr Demokratie“ verknüpft. Daher will der **Landkreis Marburg-Biedenkopf** genauer definieren was unter „Bürgerbeteiligung“ im Landkreis verstanden wird und was nicht.

Der Landkreis muss Bürgerbeteiligung nicht neu erfinden. Eindrücklich dokumentiert das erstellte Bürgerbeteiligungskataster die schon jetzt stattfindenden Angebote an Bürgerinnen und Bürger, zu einem festgelegten Thema als Feedback, Hinweis-, Ideen- oder Vorschlaggeber zu fungieren und ihre Perspektiven und Erfahrungen einzubringen.

Als Bürgerbeteiligungen sollen im Landkreis Marburg-Biedenkopf also Verfahren bezeichnet werden, in denen Bürgerinnen und Bürger sich in einer strukturierten Form zu einem wichtigen Thema oder einer Planung äußern können, die in den Aufgaben- bzw. Hoheitsbereich des Landkreises fallen.

AUFGABEN DER KREISVERWALTUNG:  DIE KREISVERWALTUNG HAT VIELE AUFGABEN, DIE DEN GANZEN LANDKREIS BETREFFEN. ZUM BEISPIEL: ALTENHILFE UND JUGENDHILFE, RETTUNGSDIENST UND GESUNDHEITSAUFSICHT, SCHULEN, SOZIALHILFE, KFZ-ZULASSUNGS- UND FÜHRERSCHEINSTELLE, KREISJOBCENTER
---

Es sind also vornehmlich Beteiligungsangebote, die als *qualitative* Angebote möglichst viele Ideen, Vorschläge oder Argumente insbesondere von denjenigen einholen sollen, die sich von einem Thema angesprochen oder betroffen fühlen. Ein Input, der im Folgenden für die Entscheidungsvorbereitung bzw. -findung in den politisch legitimierten Gremien des Kreistages und auch im Rahmen von Verwaltungsentscheidungen genutzt werden kann. So sollen die zukünftigen Dialogangebote den Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit eröffnen, das politisch-administrative Handeln im Landkreis besser nachvollziehen zu können und auch *zwischen* den Wahlen *beratend* beeinflussen zu können.

### **Definition der Bürgerbeteiligung im Landkreis Marburg-Biedenkopf:**

Zur Einordnung wird das Schema „Stufen der Beteiligungspyramide“ (vgl. Abbildung 5) zugrunde gelegt.

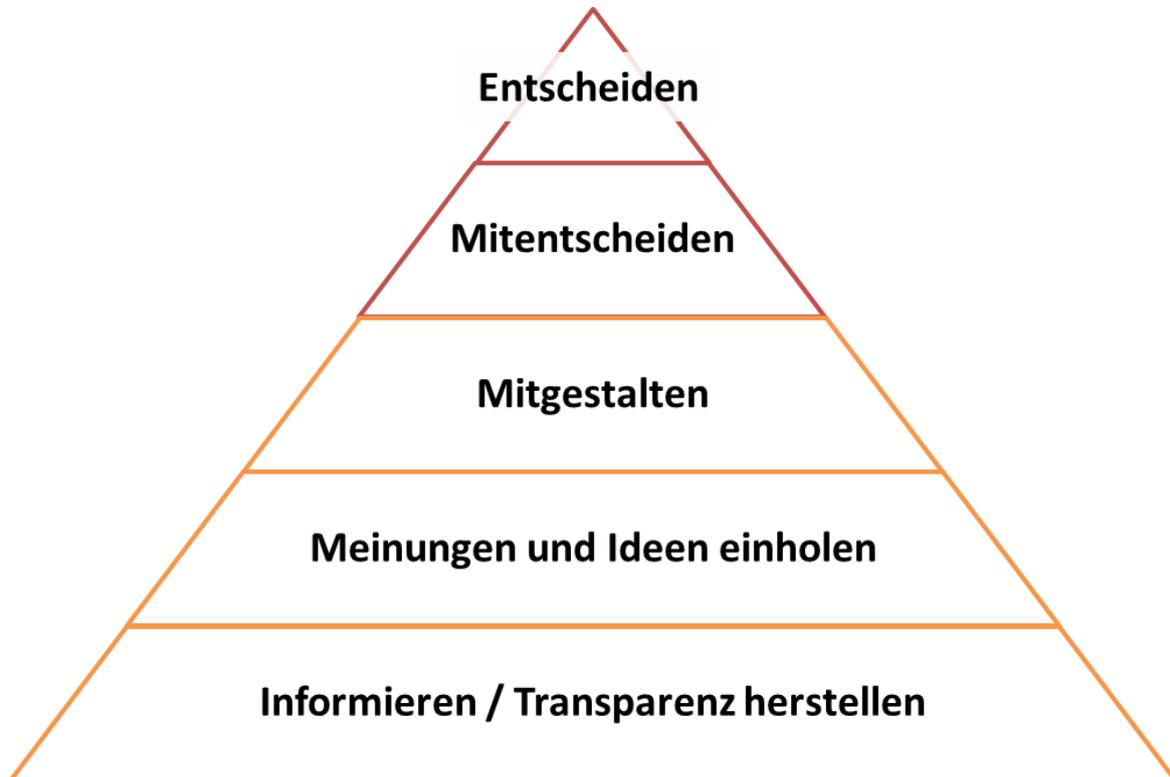


Abbildung 1: Beteiligungspyramide

Die Beteiligungsangebote des Landkreises bewegen sich im Spektrum „Informieren / Transparenz herstellen“ – „Meinung und Ideen einholen (Konsultation)“ – „Mitgestalten“, da sie in der Regel in fachpolitische Prozesse eingebettet oder fachpolitischen Prozessen zugeordnet sind, an deren Ende die Politik die verantwortliche Instanz für Entscheidungen ist.

## 4 Phase 1: Verwaltung

### 4.1 Zielsetzungen, Ansatzpunkte und Anforderungen

#### 4.1.1 Zielsetzungen

Auf Grundlage der Ergebnisse der Vertiefungsworkshops mit Projektgruppe und Führungskräften wurden

- Generelle Ziele: Ziele mit übergreifender Bedeutung
- Strategische Ziele: langfristige Ziele, die für die gesamte Verwaltung gelten
- Operative Ziele: Ziele mit Umsetzungsbezug

abgeleitet. Für die Kreisverwaltung stehen folgende **generelle Ziele** bei der Weiterentwicklung der Bürgerbeteiligung im Mittelpunkt:

- **Identifikation mit dem Landkreis als lebenswerte Region erhöhen.**
- **Gesellschaftliche Benachteiligungen durch mehr Transparenz abbauen.**
- **Bürgerinnen und Bürgern eine hörbare Stimme geben.**
- **Bürgerfreundliche Kreisverwaltung**, u.a. durch bürgerfreundliche und einfache Sprache, Transparenz von Strukturen und Entscheidungen.
- **Ernst gemeinte Beteiligungsangebote verfolgen, statt Scheinbeteiligung**, wozu auch gehört, dass die Grenzen der Beteiligungen klar kommuniziert werden.

Generelle Zielsetzungen		
<b>Identifikation mit dem Landkreis als lebenswerte Region erhöhen</b>	<b>Bürgerfreundliche Verwaltung</b> u.a. bürgerfreundliche Sprache, Transparenz von Strukturen und Entscheidungen	<b>Gesellschaftliche Benachteiligung durch mehr Transparenz abbauen</b>
<b>Ernst gemeinte Beteiligungsangebote</b> statt Scheinbeteiligung Spielräume und Grenzen klar kommunizieren	<b>Einwohnern eine hör- und sichtbare Stimme geben</b>	

Abbildung 2: Generelle Ziele der Bürgerbeteiligung aus Sicht der Kreisverwaltung.

Für die Kreisverwaltung stehen folgende **strategische Ziele** bei der Weiterentwicklung der Bürgerbeteiligung im Mittelpunkt:

- **Kenntnisse in der Öffentlichkeit über den Landkreis verbessern:** öffentliches Verständnis über Ziele, Strukturen, Aufgaben, Planungen herstellen oder ausweiten.
- **Transparenz und Versachlichung:** Zusammenhänge, Prozesse und Entscheidungen transparent machen, Dialoge versachlichen.
- **Wissen der Bürgerinnen und Bürger wertschätzen:** Wissen der Bürgerinnen und Bürger einbeziehen und Blickwinkel der Verwaltung weiten.
- **Akzeptanz frühzeitig abschätzen und Konflikte vermeiden:** im Rahmen von Planungen und Strategien Bürgerinnen und Bürger frühzeitig einbeziehen.
- **Verwaltung ein Gesicht geben und Vorurteile abbauen:** Berührungspunkte und Vorurteile gegenüber Verwaltung und Politik abbauen.
- **Verwaltungsmodernisierung:** Konfliktvermeidung, Wertschätzung, Arbeitsattraktivität, interne Akzeptanz, Feedback zur Qualitätssteigerung.

Strategische Ziele		
<p><b>Kenntnisse über den Landkreis verbessern</b></p> <p>Transparenz über Ziele, Strukturen Aufgaben, Planungen</p>	<p><b>Transparenz und Versachlichung</b></p> <p>Zusammenhänge, Prozesse und Entscheidungen transparent machen, Dialog versachlichen</p>	<p><b>Wissen der Bürgerinnen und Bürger wertschätzen</b></p> <p>Wissen der Einwohner einbeziehen und Blickwinkel der Verwaltung weiten</p>
<p><b>Akzeptanz frühzeitig abschätzen und (so) Konflikte vermeiden</b></p> <p>Im Rahmen von Planungen und Strategien Einwohner frühzeitig einbeziehen</p>	<p><b>Verwaltung ein Gesicht geben und Vorurteile abbauen</b></p> <p>Berührungspunkte und Vorurteile gegenüber Verwaltung und Politik abbauen</p>	<p><b>Verwaltungsmodernisierung</b></p> <p>Konfliktvermeidung, Wertschätzung, Arbeitsattraktivität, interne Akzeptanz, Feedback zur Qualitätssteigerung</p>

Abbildung 3: Strategische Ziele der Bürgerbeteiligung der Kreisverwaltung

Für die Kreisverwaltung stehen folgende **operative Ziele** bei der Weiterentwicklung der Bürgerbeteiligung im Mittelpunkt:

- **Kreisebene ist Handlungsrahmen:** Partnerschaften mit Kommunen festigen.
- **Erwartungshaltung an Beteiligung in alle Richtungen klarmachen:** Ziele und Spielräume kommunizieren.
- **Offene und transparente Beteiligungsverfahren.**
- **Zielgenauigkeit der Beteiligungsangebote:** Genaue Ausrichtung auf Ziele, Zielgruppen, fachliche und gesetzliche Spielräume etc..
- **Strukturen und Ressourcen schaffen:** verwaltungsintern nachhaltige Strukturen und notwendige Ressourcen schaffen.
- **Qualifizierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter soll gefördert werden:** Training, Schulung.
- **Akzeptanz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weiterentwickeln.**
- **Bessere interne Abstimmung zu Zielen und Haltungen der Verwaltung.**
- **Monitoring und kontinuierliche Entwicklung:** Evaluation von Zielen, Strukturen, Methoden und Verfahren

Operative Ziele		
<b>Kreisebene ist Handlungsrahmen</b> Partnerschaften mit Kommunen verfolgen	<b>Erwartungshaltung an Beteiligung in alle Richtungen klarmachen</b> Ziele und Spielräume kommunizieren	<b>Offene und transparente Beteiligungsverfahren</b>
<b>Zielgenauigkeit der Beteiligungsangebote</b> Genaue Ausrichtung auf Ziele, Zielgruppen, fachliche und gesetzliche Spielräume	<b>Strukturen und Ressourcen schaffen</b> verwaltungsintern nachhaltige Strukturen und notwendige Ressourcen schaffen	<b>Qualifizierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter soll gefördert werden</b> Training, Schulung
<b>Akzeptanz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weiter entwickeln</b>	<b>Bessere interne Abstimmung zu Zielen und Haltungen der Verwaltung</b>	<b>Monitoring und kontinuierliche Entwicklung</b> Evaluation von Zielen, Strukturen, Methoden und Verfahren

Abbildung 4: Operative Ziele der Bürgerbeteiligung der Kreisverwaltung

## 4.1.2 Ansatzpunkte und Themen der Bürgerbeteiligung

In Zusammenarbeit mit Fachbereichen und Stabsstellen wurden folgende Themen, die für die Kreisverwaltung in erster Linie Ansatzpunkte für den Ausbau der Beteiligungsangebote sind, herausgearbeitet. In der Anordnung der Ansatzpunkte und Themen wurde versucht, inhaltliche Zusammenhänge herzustellen. Die Reihenfolge entspricht keiner Wertung oder Priorisierung. Die dargestellten Ansatzpunkte und Themen verfolgen keinen Anspruch auf Vollständigkeit oder Abgeschlossenheit.

<b>Ansatzpunkte und Themen</b>		
<p><b>Attraktivität des Landkreises</b> Ideen/Vorschläge sammeln Landkreises und Wert kooperativen Handelns vermitteln</p>	<p><b>Stärkung des Wirtschaftsstandortes</b> Probleme und Anforderungen identifizieren Ideen/Vorschläge sammeln</p>	<p><b>Infrastruktur-Entwicklung (Verkehr, ÖPNV, ...)</b> Bedeutung des Landkreises und Wert kooperativen Handelns vermitteln</p>
<p><b>Bürgerfreundliche Kreisverwaltung</b> Probleme und Anforderungen identifizieren Fragen strukturiert stellen und beantworten</p>	<p><b>Bürgerbeteiligung</b> Bürgerbeteiligung als Beteiligungsthema: Ziele, Ansatzpunkte/Themen, Erwartungshaltung klären</p>	<p><b>Inklusion</b></p>
<p><b>Regionale Versorgung/regionale Entwicklung</b></p>	<p><b>Bildung (u.a. Schulentwicklung)</b></p>	<p><b>Gesundheitsregion</b> Ideen/Vorschläge sammeln</p>
<p><b>Demografischer Wandel</b> Katasterinformationen, z.B. Leerstand, Wohnraum</p>	<p><b>Alt werden im Landkreis</b> Ideen/Vorschläge sammeln; Fragen strukturiert stellen und beantworten; Bedeutung des Themas vermitteln</p>	<p><b>Generationen-freundlicher Landkreis</b> Familienfreundlichkeit</p>

**Naturschutz/  
Umweltschutz**

**Klimaschutz/  
Klimafolgen  
(Umwelt, Wasser, ...)**

Bedeutung und  
Herausforderung vermitteln

**Energie (Windkraft)**

Transparenz schaffen;  
Fragen strukturiert stellen  
und beantworten

**Integration**

**Unterbringung/  
Integration von Flüchtlingen**

Abbildung 5: Ansatzpunkte und Themen der Bürgerbeteiligung



### 4.1.3 Matrix: Ansatzpunkte im Detail nach Fachbereichen und Stabsstellen

Fachbereiche/ Stabsstellen	Ansatzpunkte
<b>ST Altenhilfe</b>	<p>Bürgerdialog: „Wie will ich alt werden in meinem Ort, im Landkreis Marburg-Biedenkopf?“</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Untertitel: „Bürgerinnen und Bürger als Partner bei der Mitgestaltung der Altenhilfe“</li> <li>- Format: Plattform für strukturierte Informationen und Abfrage von Erfahrungen und Wünschen (freies Kommunikationsportal) – ortsbezogen, Vor-Ort-Diskurse, Begleitung durch Schulen</li> <li>- In Kooperation mit Kommunen, Bürgerschaft, Akteuren der Altenhilfe im Landkreis</li> </ul>
<b>FB Ordnung und Verkehr <sup>2</sup></b>	<p>Öffentlichkeitsarbeit und Fragenformat zum Thema Flüchtlinge</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Besseres Sichtbarmachen der Aktionen, Erfahrungen – Bürgerinnen und Bürger, Flüchtlinge, Helferinnen und Helfer (Artikel, Facebook, Bürger-GIS etc.)</li> <li>- Strukturiertes Frageformat: Fragen und Antworten</li> </ul>
	<p>Thema Flüchtlinge – Helfernetzwerke (inkl. Schulungen zu richtigem Engagement/Handlungsleitfaden auf Website)</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- In Zusammenarbeit mit Büro für Integration, Fachdienst Ehrenamtsförderung und Partnerschaften und Freiwilligenagentur Marburg-Biedenkopf</li> </ul>
	<p>Thema Flüchtlinge – „Bürger-Helpdesk“ Hilfsangebote/ Räumlichkeiten finden</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Portal zur Angabe von Hilfsangeboten – „Gute Ideen für Hilfe“, auch für Räumlichkeiten<sup>3</sup></li> <li>- Hier auch Bürger-GIS: Leerstandskataster</li> </ul>

<sup>2</sup> Vor dem Hintergrund der steigenden Aufgaben wurde im Oktober 2015 der Fachdienst Asyl und Ausländer aus dem FB Ordnung und Verkehr herausgelöst und in eine eigene Stabsstelle Ausländer, Migration und Flüchtlinge überführt.

<sup>3</sup> Seit dem 3.12.2015 ist der Landkreis Marburg-Biedenkopf der erste Nutzer des Online-Portals „Help To“ außerhalb der Region Berlin-Brandenburg. Unter [www.help.to.de](http://www.help.to.de) können sich Organisationen, Initiativen, Unternehmen, Vereine sowie engagierte Bürgerinnen und Bürger im Landkreis schnell und unkompliziert auf lokaler Ebene über das austauschen, was bei der Betreuung und Integration von Flüchtlingen benötigt wird. Auch die Flüchtlinge selbst gehören zur Zielgruppe, daher werden die meisten Informationen ebenfalls auf Englisch bereitgestellt.

<b>VHS</b>	<p>Generell:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Dezentrale Strukturen der VHS im Rahmen von Projekten und Vorhaben nutzen</li> <li>- Empowerment von Bürgerbewegungen und zur begleitenden Qualifizierung der Bürgerinnen und Bürger für den Dialog mit Verwaltung/Politik</li> <li>- Bürgerengagement unterstützen (Leben im ländlichen Raum): Best Practices vermitteln, voneinander lernen: Bürgerinnen und Bürger zusammenbringen, um zu Lernen/Wissen zu verbreiten. Verwaltung/VHS könnte Plattform bieten (Transparenz, Vermittlung) und moderieren (Bsp. Energie, Gesundheit, Familie)</li> </ul>
<b>FB BWN/Fachdienst Wasser und Naturschutz</b>	<p>Öffentlichkeitsarbeit</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Bessere Sichtbarkeit von Aktionen und Maßnahmen: Was bedeutet Naturschutz im Ort, Maßnahmen in Karte</li> </ul>
	<p>Bürgervorschläge, Fragen und Ideen</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Vorschläge für Naturschutzprojekte einreichen, Fragen stellen – wie Naturschutz weiterentwickeln in meinem Ort, Umsetzungen vorschlagen</li> </ul>
	<p>„Bürger-Help-Desk“</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Akteure zusammenbringen, die helfen wollen und Hilfe suchen</li> </ul>
	<p>Vernetzung mit den Schulen (pädagogische Konzepte und VHS), Schulbiologiezentrum</p>
	<p>Bürgerdialog „Unser Landkreis hat Zukunft“</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Eigene Themen vorstellen, Brainstorming der Bürger, Ziel: Bürger aktivieren, Empowerment, Bindung Neubürger</li> <li>- Greifbar machen mit einem Schwerpunktthema, z. B. Älterwerden im Landkreis, Gesundheit</li> <li>- Maßnahmen müssen auf kleinteiliger Ortsebene sein</li> <li>- Muss mit bürgerschaftlichem Engagement verknüpft werden</li> </ul>
	<p>Bürgerdialog „Naturschutz, Biodiversität, Wasser im Landkreis Marburg-Biedenkopf“</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Bürgerideen einholen</li> <li>- U.a. Koordination „Wasserrahmenrichtlinie“ mit den Kommunen</li> </ul>

<b>FB Familie, Jugend und Soziales</b>	<p>Kontinuierliche Informationsvermittlung an die Eltern</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Selbstvernetzung anregen</li> <li>- Social Media nutzen</li> <li>- Bestehende Akteure einbinden (VHS, Gemeindeblätter)</li> <li>- Auf Sozialräume achten – differenzierte Betrachtung nach Gemeinden</li> </ul>
	<p>Bürgerdialog „Familien-freundlicher Landkreis“</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Was sind gute Rahmenbedingungen für Familien, was kann getan werden um Bedingungen für Familien zu verbessern, was kann der Landkreis tun?</li> <li>- Auch wichtig zur Vermittlung von bestehenden Angeboten und Zusammenhängen</li> <li>- Sozialräumlich betrachten</li> </ul>
	<p>Familien-Wegweiser</p>
<b>KreisJobCenter</b>	<p>Öffentlichkeitsarbeit</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- in Richtung Wertschätzungskultur</li> <li>- „Positive Geschichten“ setzen</li> <li>- Vernetzung mit Social Media</li> </ul>
	<p>Feedback-Format</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Vermissen Sie etwas in unserem Angebot, haben Sie Anregungen?</li> <li>- Häufig gestellte Fragen?</li> <li>- Feedbackforum zu Maßnahmen des KreisJobCenters</li> </ul>
	<p>Veranstaltung über/zum Ehrenamt („Lust sich ehrenamtlich zu engagieren? Ihr Können wird gebraucht!“), Qualifikationsbörse</p>
<b>FB Ländlicher Raum/FD Klimaschutz, Erneuerbare Energien</b>	<p>Wettbewerb Klimaschutz</p>
	<p>Bürgerdialog, um spezielle Zielgruppen zu erreichen</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Formate, um jüngere Menschen zu erreichen</li> <li>- Formate, um bildungsferne Menschen zu erreichen</li> </ul>
	<p>Plattform für ehrenamtlich Interessierte (Ehrenamtsbörse, wie auch in anderen Fachbereichen diskutiert)</p>
	<p>Ausbildung von Klimabotschaftern</p>
	<p>Projekte, Anlagen im Bürger-GIS darstellen</p>

<p><b>FB Ländlicher Raum/FD Veterinärwesen und Verbraucherschutz</b></p>	<p>Öffentlichkeitsarbeit</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Grundinformationen/Wissensvermittlung zu Themen und fallbezogene Beratung</li> </ul>
<p><b>FB Schule und Gebäudemanagement/Fachdienst Schulentwicklung</b></p>	<p>Zukunftskonferenzen zu Schulstandorten (in Kombination mit Umfragen)</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Besonderheit: sehr starke Distanz zwischen lokalen Interessenten und fachlicher Einschätzung</li> <li>- Unabhängige Moderation ist notwendig</li> </ul>
	<p>Methodenset „Zukunftskonferenz“ – generell für den Landkreis (Grundgerüst, als Rahmen), Inhalte müssen immer aus dem Fachbereich kommen</p>
	<p>Bürgerdialog zum Thema Bildung im Landkreis</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Einzelfragen, wie z.B. Ausstattung Grundschulen, Schulentwicklungsplanung, lebenslanges Lernen etc.</li> <li>- Ist Querschnittsthema: auch mit VHS, Wirtschaftsförderung, staatlichem Schulamt</li> <li>- 2016 Konzeption zum Thema Schulentwicklungsplanung<sup>4</sup></li> <li>- Erstes Treffen dazu Ende 2015, um Thema mit Akteuren zu umreißen</li> <li>- Richtiger Mix von Formaten ist wichtig, um breiten Kreis von Akteuren zu beteiligen</li> <li>- Neben den Vor-Ort-Veranstaltungen sind auch Befragungen o.ä. Formate wichtig, um breites Spektrum der Interessierten zu Wort kommen zu lassen</li> </ul>

---

<sup>4</sup> Der Landkreis Marburg-Biedenkopf hat sich um die Teilnahme am Bundesprogramm „Bildung integriert“ beworben. Das Gestalten einer integrierten Bildungslandschaft setzt das Zusammenspiel verschiedener Akteure innerhalb und außerhalb der Kreisverwaltung, z.B. Schulleitungen, Lehrerkollegien, Einrichtungen frühkindlicher Bildung, VHS usw. ebenso wie eine breite Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger voraus. Anstelle von Abgrenzungen soll ein umfassender, vernetzter Bildungsbegriff treten, der die verschiedenen Bereiche als einzelne Aspekte eines gemeinsamen Bildungsgeschehens begreift. Diese Herangehensweise, die Aufgaben der Verwaltung gesamtstrategisch zu betrachten, zu organisieren und umzusetzen erfolgt im Zuge der Verwaltungsmodernisierung und ist Teil der gemeinsamen Arbeit an kreis- und strukturpolitischen Themen und ist damit grundsätzlicher Art.

#### 4.1.4 Verwaltungsweite Aspekte der Behördeninformation und -kommunikation

<p><b>Wie sind wir erreichbar für die Bürgerschaft (Web, Telefon, Persönlich)?</b></p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- <a href="http://www.marburg-biedenkopf.de">www.marburg-biedenkopf.de</a></li> <li>- Beteiligungsplattform</li> <li>- Tel/Fax</li> <li>- Persönlich (in der Kreisverwaltung)</li> <li>- Persönlich (vor Ort)</li> <li>- E-Mail</li> <li>- Soziale Medien</li> <li>- Post</li> <li>- Beschwerdekarte</li> </ul>
<p><b>Wie können uns Bürgerinnen und Bürger Anliegen mitteilen?</b></p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Fachdienst Bürgerbeteiligung, Ideen- und Beschwerdemanagement             <ul style="list-style-type: none"> <li>o Ideen- und Beschwerdemanagement reicht Anliegen weiter an Fachbereich, Stabsstelle, Verwaltungsspitze und ist verantwortlich für die Rückantworten</li> </ul> </li> <li>- Bürgersprechstunde der Landrätin</li> </ul>
<p><b>Wie kommen wir zu Ideen/Vorschlägen der Bürgerschaft?</b></p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Eingabe der Vorschläge beim FD Bürgerbeteiligung, Ideen- und Beschwerdemanagement über o.g. Kommunikationskanäle.</li> <li>- Beteiligungsplattform</li> <li>- Themenbezogene Beteiligungsformate (z.B. Onlineumfragen, Bürgerkonferenzen, Bürgersprechstunde)</li> <li>- Dauerhafte Möglichkeit zur Sondierung von Ideen             <ul style="list-style-type: none"> <li>o Ideen werden auf die Plattform einstellen</li> <li>o Bürgerinnen und Bürger priorisieren die Ideen</li> <li>o Höchst priorisierte Ideen gehen zur Stellungnahme an die Verwaltungsführung</li> </ul> </li> </ul>

## 4.2 Chancen und Risiken

Die Verwaltung hat sich intensiv mit Chancen und Risiken von Bürgerbeteiligung im Landkreis Marburg-Biedenkopf auseinandergesetzt. Diese Ergebnisse sind Grundlage für die zu schaffenden Strukturen und Prozesse (siehe 4.3).

Chancen		Risiken	
Versachlichung von Diskussionen zu Fachthemen	Erörterungs- und Wissensgrundlage für Fachplanungen vergrößern	Falsche Erwartungen wecken	Falsches Thema wählen
Handlungsfähigkeit in Konflikten vergrößern	Akzeptanz für Vorhaben der Verwaltung frühzeitig abschätzen und erhöhen	Von Politik und Bürgerschaft „getrieben“ zu werden Rechtfertigungsdruck wenn nicht beteiligt wird	Falsches Format wählen
Planungssicherheit steigern	Kenntnisse über Meinungs- und Interessenslagen verbessern	Mangel an konzeptioneller Vorbereitung	Falschen Zeitpunkt wählen Zu früh oder zu spät beteiligen
Imagegewinn für Kreis und seine Gremien	Verbundenheit mit der Region stärken	Instrumentalisierung durch Wenige	Überlastung/ Mehrarbeit
		Unangemessene Vereinfachung von Komplexität	Fehlende Akzeptanz bei Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern
		Uneinigkeit nach außen	Emotionale Belastung für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Abbildung 6: Chancen und Risiken im Zuge der Weiterentwicklung von Angeboten zur Bürgerbeteiligung

### **4.3 Interne Organisation, Strukturen und Methoden**

Aus der Auseinandersetzung mit Chancen und Risiken leiten sich Voraussetzungen ab, die vom Landkreis Marburg-Biedenkopf zu schaffen sind:

**1. Erwartungen an Bürgerbeteiligungsangebot klären und auch die Grenzen aufzeigen:**

Erwartungsmanagement – verwaltungsintern, aber auch in Richtung Politik und Öffentlichkeit.

**2. Strukturen und Ressourcen schaffen und etablieren, zum Beispiel:**

- a. Zentrale Strukturen für den Bereich Beteiligung schaffen (Entwicklung und Bereitstellung von Know-How, Unterstützung für die Fachbereiche und Stabsstellen, Qualitätssicherung durch vergleichende Evaluierung, Bereitstellung zentralisierbarer Beteiligungsinfrastruktur, z.B. Beteiligungsplattform)
- b. Fachbereiche und Stabsstellen nicht allein lassen
- c. Notwendige finanzielle Ressourcen bereitstellen
- d. Umsetzungsmanager/-in (verwaltungsintern)
- e. Unterstützung durch externe Expertinnen und Experten (z.B. Moderation, Coaching).
- f. Krisenmanagement
- g. Evaluierungsverfahren

**3. Methoden und Werkzeuge schaffen und etablieren, zum Beispiel:**

- a. Transparenzkriterien
- b. Kriterien zur Eignung von Themen und zur Formatwahl
- c. Check-Listen, Arbeitshilfen, Spielregeln
- d. Evaluationskriterien

**4. Qualifizierung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern/Motivation:**

- a. Schulungen, Coaching, Trainings anbieten
- b. Motivation stärken
- c. Gesundheitliche Risiken bei Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern vermeiden durch Rückhalt von ausgebildeten Moderatoren bzw. durch entsprechende Fortbildungsmaßnahmen (Kommunikation)

**5. Gründliche konzeptionelle Vorbereitung im Rahmen von neuen Verfahren zur Bürgerbeteiligung:**

- a. Zielgruppen- und Umfeldanalyse
- b. Konsequente und systematische Entwicklung beziehungsweise Weiterentwicklung und Anwendung von Methoden und Werkzeugen

### 4.3.1 Organisatorische Strukturen und Rollen

Die folgende Abbildung 8 stellt die organisatorischen Strukturen und Beziehungen der einzelnen Beteiligten Institutionen bzw. Akteure auf Seiten der Politik, der Verwaltung sowie der Bürgerschaft dar:

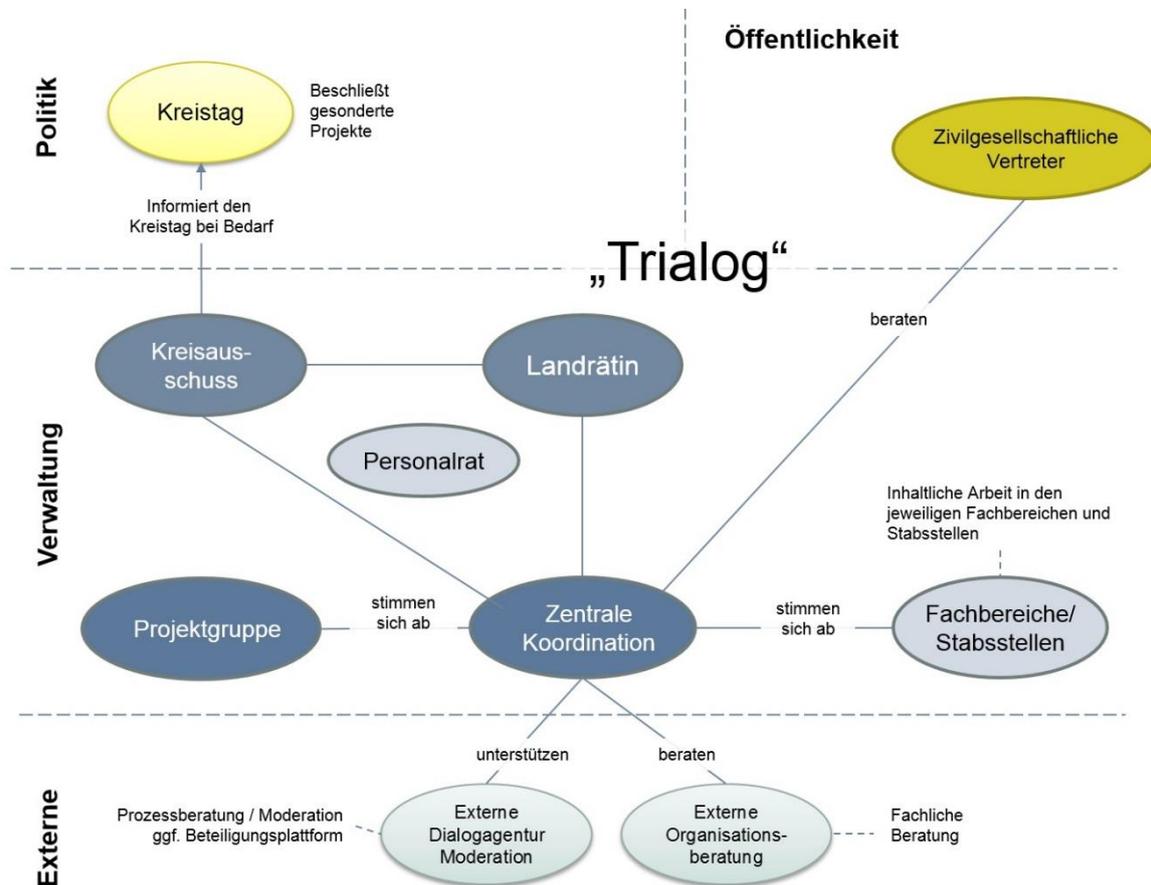


Abbildung 7: Organisatorische Aufgaben und Rollen im Überblick

In den folgenden Abschnitten werden ausgewählte Rollen und Aufgaben im Detail näher beschrieben.

## **Gesamtverantwortung**

Die Gesamtverantwortung für Konzeption, Administration, Redaktion und Moderation für Verfahren zur Bürgerbeteiligung im Landkreis Marburg-Biedenkopf liegt beim **Fachdienst Bürgerbeteiligung, Ideen- und Beschwerdemanagement (Fachbereich Büro der Landrätin)**.

Im Nachfolgenden werden die einzelnen Aufgaben im Detail beschrieben.

## **Fachdienst Bürgerbeteiligung, Ideen- und Beschwerdemanagement**

Dem Fachdienst Bürgerbeteiligung, Ideen- und Beschwerdemanagement kommen u.a. folgende Aufgaben zu – vergleiche Abbildung 8:

- Koordination der Beteiligungsangebote des Landkreises Marburg-Biedenkopf – dies betrifft die Planung und Durchführung sowohl von dauerhaften als auch anlassbezogenen, zeitlich befristeten Formaten.
  - Entwicklung von verwaltungsweiten Methoden, Strukturen und (später daraus abgeleiteten) Standards zur längerfristigen Qualitätssicherung.
  - Information über und Motivation der Fachbereiche und Stabsstellen für das Thema Bürgerbeteiligung und den Möglichkeiten einer ggf. elektronisch unterstützten Beteiligung.
  - Organisation des Erfahrungsaufbaus in den Fachbereichen und Stabsstellen, Erfahrungsaustausch in der Verwaltung und Nutzung zur Weiterentwicklung von verwaltungsweiten Methoden usw. (siehe oben).
  - Unterstützung der Fachbereiche und Stabsstellen bei der Planung, Vorbereitung und Durchführung von Beteiligungsverfahren.
  - Qualitätssicherung als Basis erfolgreicher Beteiligungsverfahren.
  - Thematisierung der Ergebnisse aus Beteiligungsverfahren, im Rahmen von Beratungen in der Verwaltung und entsprechende Rückmeldungen an die Öffentlichkeit bzw. die zuvor beteiligten Zielgruppen.
  - Evaluierung von Strukturen, Formaten sowie Umsetzung von (bzw. Empfehlung von) Anpassungen.
  - Koordination der Zusammenarbeit mit externen Akteuren und Dienstleistern.
  - Bericht und Information an Verwaltungsführung und politische Gremien.
  - Konzeption und Koordination der Einbindung der Bürgerschaft.
- *Die Aufgaben der zentralen Koordination liegen beim Fachdienst Bürgerbeteiligung, Ideen- und Beschwerdemanagement und ergänzen die inhaltlichen und fachbezogenen Kompetenzen der Fachdienste bzw. -abteilungen.*

## **Weitere Fachbereiche, Fachdienste und Stabsstellen**

Für die anlassbezogenen, zeitlich befristeten Beteiligungsverfahren gilt, dass folgende Aufgaben bei den Fachbereichen und Stabsstellen liegen - vergleiche Abbildung 8:

- Konzeptionelle Planung (mit Unterstützung des Fachdienstes Bürgerbeteiligung, Ideen- und Beschwerdemanagement).
- Redaktionelle Aufgaben bei der Bereitstellung von Grundinformationen zum Verfahren.
- Redaktionelle Aufgaben bei der Beantwortung von Fragen aus der Öffentlichkeit während (oder im Anschluss) der Bürgerbeteiligung.
- Moderation des Beteiligungsverfahrens (oder externer Dienstleister).
- Auswertung der Ergebnisse (oder externer Dienstleister).
- Teilprojektmanagement.

## **Projektgruppe**

Die Projektgruppe berät nach Bedarf, um ressortübergreifend Erfahrungen über abgeschlossene oder laufende Bürgerbeteiligungsprojekte und -verfahren im Landkreis auszutauschen. Sie reflektiert die gesammelten Erfahrungen vor dem Hintergrund der entwickelten Rahmenbedingungen, Leitlinien und selbst gegebenen Umsetzungsstandards der gesamten Kreisverwaltung vor dem Hintergrund ressortspezifischer Anforderungen, gleicht sie ab und gibt Empfehlungen für eventuelle Anpassungen und Weiterentwicklungen. Die Projektgruppe

- unterstützt beim Erfahrungsaufbau und motiviert für das Thema Bürgerbeteiligung,
- berät bei der Entwicklung von Abläufen, Methoden und Standards im Rahmen der Entscheidungsvorbereitung zur Durchführung eines (insbesondere) übergreifenden Beteiligungsverfahrens,
- unterstützt den Erfahrungsaustausch und berät bei der Qualitätssicherung und Evaluierung von Beteiligungsverfahren.

Der Projektgruppe gehören an:

- Fachdienst Bürgerbeteiligung, Ideen- und Beschwerdemanagement
- Fachbereich Organisation und Personalservice
- Fachdienst IT
- Fachdienst Presse- und Kulturarbeit
- Ausgewählte Fachbereiche und Stabsstellen mit hoher Beteiligungsrelevanz
- Personalrat

Die Projektgruppe wird geleitet durch den Fachdienst Bürgerbeteiligung, Ideen- und Beschwerdemanagement.

### 4.3.2 Abläufe und Zusammenarbeit

Im Folgenden werden wesentliche Aufgaben und Abläufe zur Weiterentwicklung der Bürgerbeteiligung in ihren Verantwortlichkeiten zusammenfassend dargestellt – vergleiche Tabelle 1:

Tabelle 1: Zentrale Aufgaben und Abläufe zur Weiterentwicklung der Bürgerbeteiligung

Nr.	Aufgabe	Verantwortlichkeiten/Abläufe
1	Schaffung und Koordination von Strukturen, Abläufen, Methoden und Standards	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Fachdienst Bürgerbeteiligung, Ideen- und Beschwerdemanagement ist verantwortlich</li> <li>- <i>bei Bedarf: Projektgruppe hilft und unterstützt den Erfahrungsaustausch zwischen den Ressorts</i></li> <li>- <i>bei Bedarf: externe Agentur berät</i></li> </ul>
2	Information/Erfahrungsaufbau und Motivation zum Thema Bürgerbeteiligung	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Fachdienst Bürgerbeteiligung, Ideen- und Beschwerdemanagement ist verantwortlich</li> <li>- Fachbereiche/Stabsstellen unterstützen</li> <li>- <i>bei Bedarf: Projektgruppe unterstützt und hilft beim regelmäßigen Erfahrungsaustausch zwischen den Ressorts</i></li> </ul>
3	Eignungsbewertung eines Themas <sup>5</sup>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Fachbereiche/Stabsstelle schlagen vor</li> <li>- Fachdienst Bürgerbeteiligung, Ideen- und Beschwerdemanagement bewertet die Eignung des Themas</li> <li>- <i>bei Bedarf: externe Agentur berät</i></li> <li>- <i>siehe Checkliste „Eignungsbewertung“</i></li> </ul>
4	Entscheidung über die Durchführung eines Beteiligungsverfahrens <sup>5</sup>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Je nach Thema: Fachbereich/Stabsstelle entscheidet in Abstimmung mit Dezernatsleitung oder Politik beauftragt<sup>6</sup></li> </ul>
5	Vorbereitung und Durchführung eines Beteiligungsverfahrens, Aufgaben umfassen: <ul style="list-style-type: none"> <li>- Konzeption</li> <li>- Redaktionelle Erstellung von Grundinformationen</li> <li>- Moderation</li> <li>- Auswertung der Ergebnisse</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Fachlich zuständige/r Fachbereich/ Stabsstelle koordiniert und steuert die Konzeption, Vorbereitung und Durchführung</li> <li>- Fachdienst Bürgerbeteiligung, Ideen- und Beschwerdemanagement unterstützt</li> <li>- <i>bei Bedarf: externe Agentur beratend und unterstützend</i></li> <li>- <i>siehe Checkliste „Handlungsleitfaden Durchführung von Beteiligungsprozessen“</i></li> </ul>

<sup>5</sup> Bei gesetzlich vorgeschriebenen Beteiligungen erübrigen sich die Aufgaben 3 und 4 der Tabelle.

<sup>6</sup> Aufgaben und Zuständigkeiten des Kreistages sind in §§ 29 und 30 der Hessischen Landkreisordnung (HKO) geregelt. Darüber hinaus kann der Kreistag den Kreisausschuss auffordern, zu bestimmten Themen Beschlussfassungen vorzubereiten. Beschlussvorlagen können über die Dezernatsleitungen in den Kreisausschuss oder Kreistag eingebracht werden. Kreistagsvorlagen müssen vorher vom Kreisausschuss beschlossen werden.

6	Vorschlag zur Umsetzung an die Dezernatsleitung  Je nach Thema: Beauftragung durch die Politik	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Fachlich zuständige/r Fachbereich/Stabsstelle ist verantwortlich</li> <li>- Je nach Thema: Beauftragung durch Dezernatsleitung oder Politik</li> </ul>
7	Qualitätssicherung/Evaluierung von Beteiligungsverfahren	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Fachlich zuständige/r Fachbereich/Stabsstelle ist verantwortlich</li> <li>- Fachdienst Bürgerbeteiligung, Ideen- und Beschwerdemanagement unterstützt</li> <li>- <i>bei Bedarf: externe Agentur berät oder führt Evaluation durch</i></li> </ul>
8	Qualitätssicherung/Evaluierung von Strukturen, Abläufen, Methoden und Standards	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Fachdienst Bürgerbeteiligung, Ideen- und Beschwerdemanagement ist verantwortlich</li> <li>- <i>bei Bedarf: Projektgruppe reflektiert die Erfahrungen</i></li> <li>- <i>bei Bedarf: externe Agentur berät</i></li> </ul>
9	Entwicklung/Weiterentwicklung technischer Infrastruktur	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Fachdienst Bürgerbeteiligung, Ideen- und Beschwerdemanagement definiert funktionale Anforderungen und koordiniert die Nutzung der Beteiligungsplattform</li> <li>- Fachdienst IT organisiert und sichert den technischen Betrieb</li> <li>- <i>bei Bedarf: externe Agentur berät oder setzt um</i></li> </ul>





Abbildung 8: Beteiligungsprozess im Landkreis Marburg-Biedenkopf

### 4.3.3 Methoden

Die folgenden Checklisten sind wichtige Arbeits- und Entscheidungsinstrumente bei der Planung und Durchführung von Beteiligungsprozessen. Sie sind jedoch nicht abschließend zu verstehen und sollten je nach Bedarf weiterentwickelt werden.<sup>7</sup>

#### Checkliste 1: Eignungsbewertung eines Themas

Nr.	Fragen	Erläuterung	Ja	Nein
1	Ist der Prozess legitimiert?	Handelt es sich um ein Thema, das im Hoheitsbereich des Landkreises liegt? Hat der Landkreis hier Gestaltungshoheit?		
2	Ist der Prozess resonanzfähig für eine Bürgerbeteiligung?	Liegt aus fachlicher Sicht Spielraum vor, um Bürgerinnen und Bürger zu beteiligen? Gibt es fachliche Planungsalternativen oder innerhalb einer bereits ausgearbeiteten Planung Spielräume zur Einflussnahme?		
3	Besteht Dialogbereitschaft auf Seiten der Verwaltung?	Unabhängig von fachlichen Spielräumen: Besteht auf Seiten der Verwaltung Dialogbereitschaft im Rahmen des Vorhabens, da die Verwaltung hier nicht nur als Verfahrensanbieter für die Bürgerschaft sondern auch als fachlicher Dialogpartner fungiert?		
4	Besteht in der Bevölkerung Interesse am Thema bzw. hat das Thema Potenzial, Interesse zu wecken?	Ist damit zu rechnen, dass auf Seiten der Bürgerschaft für das Thema Interesse, Emotionen oder Identifikation aufgebaut werden können? Hinweis: Wird eine Beteiligung trotz weniger Interessierter angestrebt, eignen sich zielgruppenspezifische Formate.		
5	Erfordert das Thema Fachkenntnis und können Sachinformationen einfach und verständlich kommuniziert werden?	Ist eine zugängliche, niedrighschwellige Kommunikation der Inhalte und Fragestellungen möglich? Hinweis: Falls nicht, ist eine Bürgerbeteiligung nur zu empfehlen, wenn in der Zielgruppe ein ausreichendes Maß an Expertise herrscht.		
6	Gibt es ausreichende Zeitressourcen?	Gibt es einen Zeitpunkt im Gesamtverfahren, zu dem die Bürgerinnen und Bürger rechtzeitig beteiligt werden können?  Liegen die Ergebnisse der Beteiligung mit Blick auf das Gesamtverfahren rechtzeitig vor, sodass sie in dem Abwägungs- und Entscheidungsprozess nach ausreichend berücksichtigt werden könnten?		

<sup>7</sup> Bei gesetzlich vorgeschriebenen Beteiligungen erübrigt sich die Eignungsbewertung eines Themas.

## Checkliste 2: Handlungsleitfaden zur Durchführung von Beteiligungsprozessen

Handlungsfeld	Planungsschritte	Check	Aufgaben/ Notizen
Anlass	Initiative aus der Verwaltung		
	Initiative aus der Politik		
	Initiative aus der Bürgerschaft		
	Gesetzliche Vorgabe		
Thema	Eignung prüfen		
	Fachbereichs-/stabsstellenübergreifende Zuständigkeit prüfen		
	Verwaltungsinterne Kooperationen prüfen		
	Hauptverantwortlichkeit festlegen		
Analyse der Zielsetzung	Information geben		
	Transparenz herstellen		
	Austausch/Dialog führen		
	Anregung und Ideen einholen		
	Meinung einholen		
	Konfliktlösung herbeiführen		
	Mitgestaltung ermöglichen		
	Diskussionen versachlichen		
	Akzeptanz abschätzen		
	Akzeptanz herstellen		
	Verbundenheit mit der Region stärken		
	Kooperationen/Netzwerke bilden		
Zielgruppe	Kreisgesellschaft insgesamt		
	Kreisgesellschaft in Teilregionen des Landkreises		
	Spezifische Zielgruppen		
Rahmenbedingungen	Entscheidung über die Durchführung klären (intern)		
	Gestaltungsspielräume klären (formell/informell)		
	Entscheidungsspielräume klären		
	Erwartungshaltung klären		
	Vorfestlegungen definieren		
	Zeitrahmen festlegen		
	Vorangegangene Ereignisse im Vorfeld eruieren		
	Prozessphasen definieren		

Handlungsfeld	Planungsschritte	Check	Aufgaben/ Notizen
Ressourcen	Finanzielle Ressourcen		
	Personelle Ressourcen		
	Interne Unterstützung (FD Bürgerbeteiligung, Ideen- und Beschwerdemanagement, IT, andere Fachdienste)		
	Externe Unterstützung (Moderation, Beratung, Projektmanagement)		
Auswahl der Formate/Instrumente unter Beachtung der Zielsetzung für das jeweilige Beteiligungsprojekt	Nutzung der Beteiligungsplattform (Umfragen/Abstimmungen/Dialoge/Priorisierung und Auswahl/Chatforen etc.)		
	Nutzung von Präsenzformaten (Bürgerkonferenz, Arbeitskreis, Runder Tisch, World Café, Planungszelle, Zukunftskonferenz, Zukunftswerkstatt, Mediation etc.)  Ausführliche Darstellung von Formaten/Instrumenten auf: <a href="http://www.beteiligungskompass.org/article/show/528">http://www.beteiligungskompass.org/article/show/528</a>		
Information/Kommunikation	Information in Verwaltung, Politik, Öffentlichkeit klären		
	Informationstermine über Beteiligungsprozess festlegen		
	Informationen zusammenstellen		
	Zuständigkeit der Berichterstattung klären (FD Presse und Kulturarbeit, FD Bürgerbeteiligung, Ideen- und Beschwerdemanagement, Fachbereich, Stabstelle)		
	Prozessdokumentation klären		
	Ergebnissicherung und -transfer klären (Zwischeninformationen)		
Informationsmedien	Regionale Tagespresse		
	Überregionale Tagespresse		
	„mein Landkreis“		
	Facebook		
	Internetseite des Landkreises		
	Internetseiten von Kommunen		
	Gemeindeblätter		
	Fernsehen		
	Rundfunk		

Handlungsfeld	Planungsschritte	Check	Aufgaben/ Notizen
	E-Mail		
	Briefe		
	Newsletter		
Evaluation der Ergebnisse	Möglichkeit gemeinsamer Reflexion prüfen		
	Lernergebnisse prüfen		
	Erkenntnisgewinn prüfen		
	Übertragbarkeit der Ergebnisse prüfen		



#### 4.3.4 Bürgerbeteiligung in der Ausbildung

Mit der Einführung eines strukturierten Bürgerbeteiligungsprozesses möchte der Landkreis Marburg-Biedenkopf auch an der grundlegenden Implementierung von Bürgerbeteiligung im Verwaltungshandeln mitwirken. Daher arbeitet die Kreisverwaltung zusammen mit dem Hessischen Verwaltungsschulverband daran, das Thema Bürgerbeteiligung auch in der Verwaltungsausbildung zu implementieren. In einem ersten Schritt werden Qualifizierungsmodule erarbeitet, die in das Fortbildungsprogramm des Hessischen Verwaltungsschulverbandes aufgenommen werden sollen. Perspektivisch wird eine Aufnahme des Themas in die Verwaltungsausbildung angestrebt.

## 5 Phase 2: Politik

Die wichtigste Form der Bürgerbeteiligung ist das Wahrnehmen des aktiven Wahlrechts. Alle fünf Jahre haben die Bürgerinnen und Bürger so die Möglichkeit direkt auf die politische Arbeit und Ausrichtung ihres Kreistages und damit des Landkreises Einfluss zu nehmen.

Da sich das repräsentative System im Kern auf die Wahlen beschränkt wird oftmals darüber nachgedacht, kommunale Beteiligungsmöglichkeiten zu erweitern. Dadurch kann das System der repräsentativen Demokratie sinnvoll ergänzt und erweitert werden, um die Mitsprache- und Mitbeteiligungsmöglichkeiten zu steigern.

Bei allen Überlegungen sollte immer im Vordergrund stehen, dass das bewährte System der repräsentativen Demokratie nicht ausgehöhlt oder in Frage gestellt werden soll. Der Kreistag mit den in allgemeiner, freier, gleicher, geheimer und unmittelbarer Wahl gewählten Kreistagsabgeordneten ist das oberste Organ des Landkreises und damit alleiniges Beschlussorgan über Angelegenheiten des Landkreises.

Zu beachten ist, dass die in der hessischen Kommunalverfassung festgeschriebenen Mitwirkungs- bzw. Beteiligungsmöglichkeiten in einem Landkreis anderen Voraussetzungen unterliegen, als dies in den Städten und Gemeinden der Fall ist. So sind z.B. die Elemente der direkten Beteiligung durch Bürgerbegehren und Bürgerentscheid für die Städte und Gemeinden in der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) geregelt. Für die hessischen Landkreise gibt es diese Beteiligungsmöglichkeiten nicht.

Im Zuge des Bürgerbeteiligungsprozesses im Landkreis Marburg-Biedenkopf hat sich der Kreistag im Dialog am Diskurs zu mehr Bürgerbeteiligung beteiligt. Herausgearbeitet wurde, dass eine Bürgerbeteiligung als Element der repräsentativen Demokratie dazu beitragen kann, Bürgerinnen und Bürger durch frühzeitige und bessere Information und damit mehr Transparenz für die getroffenen Entscheidungen der Politik und damit in stärkerem Maße am kommunalen Geschehen zu interessieren, andererseits die Kreistagsabgeordneten durch Anregungen, Ideen und Meinungen aus der Bürgerschaft im Vorfeld ihrer Entscheidungen zu unterstützen.

In einer Reihe von Workshops mit intensiven Diskussionen haben die Fraktionen des Kreistages unterschiedliche Aspekte von Bürgerbeteiligung diskutiert. Unter anderem haben sie sich mit der Erarbeitung von Zielen und einem gemeinsamen Verständnis von Bürgerbeteiligung beschäftigt. Wichtig war hierbei auch die Frage, wie sich die Arbeit des Kreistages durch Bürgerbeteiligung verändern kann, wie der Kreistag sich mehr in die Bürgerschaft öffnet und wie das Interesse an der politischen Arbeit des Kreistages geweckt werden kann. Letztlich muss es gemeinsam mit der Verwaltung und den Bürgerinnen und Bürgern um eine Demokratisierung unserer Demokratie gehen als Beitrag gegen eine Politikabstinenz und Politikverdrossenheit.

Mit dem Grundsatzbeschluss des Kreistags vom 16.05.2014 wurde festgelegt, die Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung auszubauen und dazu entsprechende Möglichkeiten zu schaffen. Aufgrund dieses Beschlusses gestaltet der Landkreis aktiv und nachhaltig unterschiedliche Beteiligungsprozesse, um alle im Landkreis lebenden Einwohner mit in das Prinzip der Beteiligung und Mitsprache und damit in die politische Gestaltungsarbeit einzubeziehen.

So wurde in diesem Jahr zum zehnten Male ein Kreisjugendparlament von den 12 bis 18-jährigen gewählt, das nunmehr auch über ein direktes Vorschlags-, bzw. Antragsrecht für den Kreistag verfügt. Für die bei uns lebenden Ausländer und die Menschen mit Migrations-

hintergrund wird eine spezielle Kommission arbeiten unter Mitbeteiligung dieser Bevölkerungsgruppe. Außerdem ist geplant, ein so genanntes „Migrantenforum“ als Sprachrohr aller Migrantinnen und Migranten einzurichten. Auch bei der Schaffung des Behindertenbeirates wird es um eine direkte stärkere Einbeziehung behinderter Menschen gehen, um auf deren Wünsche und Ideen unmittelbar zu reagieren.

Neben der Bewilligung der notwendigen finanziellen und personellen Ressourcen wurde außerdem durch die Zustimmung zur Einrichtung eines Kreissenorenrats ein neues Beteiligungsformat geschaffen, um auf die Herausforderungen des demografischen Wandels angemessen zu reagieren mit einem direktem Vorschlags-, bzw. Antragsrecht für den Kreistag.

## 5.1 Ziele und Verständnis

Im Rahmen der Diskussion mit der Politik wurden Ziele für Bürgerbeteiligung und ein gemeinsames Verständnis herausgearbeitet. Kernpunkte:

- Beteiligungsverfahren können dazu beitragen, dass Konflikte frühzeitig besprochen und Lösungsmöglichkeiten erarbeitet werden. Nicht alle Interessen können dabei berücksichtigt werden. Gemeinwohl geht vor Individualwohl.
- Bei Bürgerbeteiligung geht es nicht um Entscheidungen durch den Bürger, sondern um mitdenken, Anregungen geben, Ideen haben, sich engagieren, sich identifizieren.
- Politik und Verwaltung behalten ihre im Gesetz festgelegte jeweilige zentrale Funktion. Verwaltung ist das ausführende Organ des Landkreises, sie organisiert den Austauschprozess, initiiert zuvörderst Prozesse der Bürgerbeteiligung und Politik trifft die Entscheidungen im Sinne ihrer Funktion als Beschlussorgan.
- Bürgerbeteiligung wird nicht primär durch die politischen Gremien organisiert, sondern durch die Verwaltung, die die Ergebnisse sortiert, auf die jeweilige Umsetzbarkeit prüft, in eine Beschlussform transferiert und so schließlich in die politische Diskussion zur Entscheidung einbringt.
- Bürgerbeteiligung ist mehr als eine reine Bedürfnisabfrage. Eine echte Beteiligung erfordert, dass die Teilnehmenden qualifiziert und transparent, d.h. nachvollziehbar, informiert werden. Dazu gehört auch eine offene Kommunikation im Falle ablehnender Entscheidungen.
- Motivation und Mobilisierung der Bürgerinnen und Bürger durch eine verantwortungsorientierte Beteiligung ist wichtig. Dabei ist insbesondere auf eine zielgruppen-gerechte Ansprache zu achten.

## 5.2 Ansatzpunkte

Schon heute gibt es für Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit sich zu informieren und eigene Ideen zu entwickeln, z.B. durch den Besuch öffentlicher Sitzungen des Kreistages und seiner Ausschüsse, die Informationen in der Presse oder auch auf der Homepage des Landkreises. Um aber mehr Bürgerinnen und Bürger zu erreichen, identifizierte der Kreistag Maßnahmen, um Bürgerinnen und Bürger besser über die Arbeit des Kreistages zu informieren, sie daran teilhaben zu lassen, sie zu beteiligen.

#### Zielrichtungen der Maßnahmen:

- Information
- Imagepflege
- Themen/Entscheidungen vermitteln und offener diskutieren

#### Identifizierte mögliche Maßnahmen:

##### Information

- Kreistags-App
- Intensivierung der Öffentlichkeitsarbeit
- Tagesordnungen veröffentlichen in der heimischen Presse
- Schulklassen einladen oder in Schulen gehen mit Informationsveranstaltungen über die Funktion des Kreistages
- Bürgergerechte Sitzungszeiten
- (eigene) redaktionelle Berichterstattung
- Aufsuchender Kreistag
- Grundlagenwissen über Kreistag und Gremien

##### Image

- Präsenz des Kreistages bei öffentlichen Veranstaltungen, z. B. Messen oder Ausstellungen
- Darstellung der politischen Kreiskultur
- Sportgemeinschaft Kreistag
- Eigenes Landkreisfest mit Vereinen
- Wanderausstellung zur Kreisgeschichte
- Bürgerkonferenzen

#### Formen der Teilhabe/Beteiligung an der Arbeit, an Entscheidungen des Kreistages:

- Einladung von Externen in die Ausschüsse des Kreistages, dabei sollten die Informationen über Inhalte so verbreitet werden, damit von der Beratung betroffene Gruppen aufmerksam werden und sich beteiligen können.
- Je nach Problemlage und Wichtigkeit sollten situationsbezogene Anhörungen, ggf. vor Beschlussfassung im Kreistag initiiert werden.
- Im Sinne der repräsentativen Vertretung der Wählerinnen und Wähler durch die Abgeordneten des Kreistages sollte intensiver darauf aufmerksam gemacht werden, dass Anregungen, Ideen, Vorschläge über die jeweiligen Abgeordneten in die Beratungen des Kreistages eingebracht werden können.

In den Beratungen wurde zum gegenwärtigen Zeitpunkt dazu geraten von der Möglichkeit von Bürgerfragestunden abzusehen.

## 6 Phase 3: Bürgerschaft

Bürgerinnen und Bürger erwarten früher, häufiger und aktiver in die Planungs- und Entscheidungsprozesse von Politik und Verwaltung einbezogen und über geplante Vorhaben sowie über die Möglichkeiten eines Engagements informiert zu werden.

Für den Landkreis Marburg-Biedenkopf war es daher wichtig, die Bürgerinnen und Bürger auch bereits bei der grundsätzlichen Fragestellung nach Bürgerbeteiligung zu integrieren, um herauszuarbeiten, wo Interessen und Bedarfe liegen. Die Bürgerschaft sollte an der Ausgestaltung der Bürgerbeteiligung teilhaben.

Auch wenn einiges von Seiten des Gesetzgebers für die Arbeit des Landkreises vorgegeben und für vieles die Städte und Gemeinden direkt verantwortlich sind, bleiben dennoch auf der Ebene des Landkreises noch viele Spielräume, um die Beteiligung zukünftig auszuweiten. Spielräume, in denen Ideen und Anregungen, aber auch Anforderungen und Wünsche Platz in der Entscheidungsfindung von Verwaltung und Politik im Kreis finden können.

Für viele Menschen wird es immer wichtiger auch zwischen den Wahlen an Entscheidungen von Politik und Verwaltung beteiligt zu werden. Daher sind Bürgerinnen und Bürger zunehmend bereit, sich für die Gestaltung ihrer Lebenswirklichkeit zu engagieren und ihre Perspektive und Kenntnisse einzubringen. In einer Online-Umfrage konnten sich alle Bürgerinnen und Bürger des Landkreises aktiv in die Gestaltung der Bürgerbeteiligung auf Landkreisebene einbringen. Hierbei ging es der Kreisverwaltung vor allem darum zu erfahren, welche Themen den Menschen bei uns besonders wichtig sind und in welcher Form sie zukünftig beteiligt und informiert werden möchten. Die Ergebnisse flossen ein in nachfolgende regionale Bürgerkonferenzen.

Unter der Fragestellung: „Bei welche Themen möchten Sie beteiligt werden? Wie wollen Sie zukünftig in Themen des Landkreises eingebunden und informiert werden?“ lud der Landkreis die Bürgerschaft ein, in Bürgerkonferenzen am 16. September 2015 im Bürgerhaus Lohra und 24. September 2015 im Bürgerhaus Buchenau mit Verantwortlichen aus Verwaltung und Politik darüber zu diskutieren.

Die Einladung, sich am Bürgerbeteiligungsprozess zu beteiligen richtet sich an alle Bürgerinnen und Bürger des Landkreises. Um auch diejenigen zu erreichen und zum Mitmachen zu motivieren, die sich üblicherweise nicht beteiligen, ist es für uns wichtig, aktivierend und mit zielgruppenorientierter Kommunikation auf die Menschen zuzugehen.

Dazu zählen aus unserer Sicht insbesondere junge Leute, Menschen mit Behinderung, Migrantinnen und Migranten und Menschen der sogenannten bildungsfernen Gruppe.

Zielgruppengerechte Kommunikation bedeutet dabei neben der entsprechenden Aufbereitung und Verfügbarkeit von Informationen die Wahl der Medien und Umsetzungsformate sowie die Hinzuziehung von geeigneten Multiplikatoren in der Kreisgesellschaft.

## 6.1 Ziele und Verständnis

### Ergebnisse Bürgerumfrage

Im Vorfeld der Bürgerkonferenzen wurde über einen Zeitraum von vier Wochen eine Bürgerumfrage online durchgeführt. Die Umfrageergebnisse wurden veröffentlicht (siehe [Onlinebefragung](#)). An dieser Stelle werden die wichtigsten Ergebnisse zu Zielen und Verständnis von Bürgerbeteiligung auszugsweise dargestellt.

Zentrale Ergebnisse:

- 91% der teilnehmende Bürgerinnen und Bürger haben sich für den Ausbau der Beteiligungsmöglichkeiten ausgesprochen
- 88% können sich vorstellen, sich in kommende Prozesse einzubringen
- Unter Bürgerbeteiligung wird verstanden:
  - o frühzeitige und umfassende Information der Öffentlichkeit über anstehende Projekte (83%)
  - o das Einbeziehen und die aktive Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an Entscheidungen (83%)<sup>8</sup>
  - o die Transparenz von Entscheidungen (72%)
  - o eine öffentliche Diskussion über ein Projekt der Politik und/oder Verwaltung (60%)



### Ergebnisse Bürgerkonferenzen

Im Rahmen der Bürgerkonferenzen am 16.9.2015 in Lohra und am 24.9.2015 in Buchenau sind folgende Ergebnisse herauszustellen:

- Bürgerbeteiligung ist von zentraler Bedeutung für die Identifikation mit Landkreis/Region und ein offeneres und vertrauensvolleres Verhältnis zwischen Verwaltung, Politik und Bürgerschaft
- Bürgerinnen und Bürger verfügen über Wissen, das Verwaltung nicht immer haben kann
- Gegenseitige Wertschätzung
- Bürgerinnen und Bürger müssen auf „Augenhöhe“ mit der Verwaltung in den Dialog treten können
- Transparenz von Verwaltungsentscheidungen, Entscheidungsspielräumen wichtig
- Erwartungen an Bürgerbeteiligung müssen klar sein
- Bürgerbeteiligung auf Ebene des Landkreises ist wichtig, es sollte aber auch der Schulterschluss mit den Gemeinden gesucht werden

---

<sup>8</sup> Die Beteiligungsmöglichkeiten im Landkreis unterliegen anderen Voraussetzungen, als dies in Städten und Gemeinden der Fall ist. Die Elemente der direkten Beteiligung durch Bürgerbegehren und Bürgerentscheid sind für die Kommunen in der HGO geregelt. Für die Hessischen Landkreise gibt es diese Möglichkeit nicht.

## 6.2 Ansatzpunkte und Themen

Folgende **Themenfelder** wurden im Rahmen der Bürgerumfrage mit hoher Priorität genannt:

- Zukunft der Mobilität und Infrastrukturentwicklung (71%)
- Bildung, Schule und Betreuung (70%)
- Alternde Gesellschaft (demografischer Wandel) (57%)
- Klima, Umwelt und Naturschutz (51%)
- Stärkung des Wirtschaftsstandortes (41%)
- Tourismus und Regionalkultur (31%)

Folgende **Beteiligungsmomente** wurden von den Umfrageteilnehmenden als besonders geeignet eingeschätzt:

- Online-Umfrage (80%)
- Bürgerkonferenzen und Diskussionen vor Ort (65%)
- Moderierte Workshops zu ausgewählten Themen (30%)

### Ergebnisse Bürgerkonferenzen

In den Bürgerkonferenzen gaben die Teilnehmenden an, dass sich die folgenden Themen für Bürgerbeteiligung eignen würden:

- Entwicklung des Landkreises. Wie wollen wir im Landkreis leben?
- Dörfersterben verhindern
- Mobilität in kleineren Gemeinden; Straßenbauumlagen/Beiträge; Erhalt der Infrastruktur von Straßen
- Einbindung von Ehrenamtlichen in das Verwaltungshandeln und in Verwaltungsentscheidungen
- Medizinische Versorgung
- Zukunft des ländlichen Raums; Zukunft der Schulen im ländlichen Raum
- Zukunft Schule, Kooperationsmodelle für die Zukunft
- Bildung, was wollen die Bürgerinnen und Bürger?
- Zukunft der Vereine und der Jugendvereinsarbeit
- Kinderbetreuung
- Energie, erneuerbare Energien
- Integration

Bei der Ausgestaltung von Angeboten zur Bürgerbeteiligung waren den Teilnehmenden folgende Aspekte wichtig:

- Jüngere Zielgruppen (bis 35); an Schulen Beteiligung anbieten; aktive Ansprache der Ausbildungsvertretungen, Kreisjugendparlament, Jugendclubs und Vereine
- Dialog: engere Zusammenarbeit zwischen Politik, Verwaltung und Bürgerschaft
- Bestehende Gruppen und Gremien einbinden
- Erfahrungsaustausch, Projekte sichtbar machen und Themen diskutieren.

## 7 Zusammenfassung und Ausblick

Der Kreistag beauftragte die Kreisverwaltung mit Beschluss vom 16. Mai 2014 mit der Ausgestaltung der Bürgerbeteiligung im Landkreis Marburg-Biedenkopf. Hierzu gehörten der Aufbau und die Etablierung einer Bürgerbeteiligungskultur innerhalb wie außerhalb der Verwaltung, die Identifizierung, Weiterentwicklung und Umsetzung von Beteiligungsthemen und die Erarbeitung eines Beteiligungskonzeptes. Das Konzept übernimmt hierbei eine Lotsenfunktion bei der Frage nach Themen, Methoden, Zuständigkeiten, Bedingungen und Aufgaben. Es dient als Handreichung dafür, wie Beteiligung besser und intensiver um- und eingesetzt werden kann.

Von zentraler Bedeutung war die Aufnahme von Gesprächen mit der Verwaltung, Politik und Bürgerschaft. In einem dialogischen Prozess wurden so die Inhalte des nun vorliegenden Beteiligungskonzeptes erarbeitet. Das Konzept definiert Bürgerbeteiligung als Verfahren, in denen Bürgerinnen und Bürger sich in einer strukturierten Form zu einem ihnen wichtigen Thema oder einer von der Verwaltung bzw. Kreispolitik ausgehenden Planung äußern können – soweit dies der Aufgabenbereich des Landkreises zulässt. Es beschreibt die jeweiligen Ziele, Ansatzpunkte und Anforderungen der Dialogpartner an Bürgerbeteiligung ebenso wie die erwarteten Chancen und Risiken.

Darüber hinaus definiert das Konzept Voraussetzungen, die für die interne Organisation der Verwaltung notwendig sind, definiert Verfahrensregeln, legt organisatorische Zuständigkeiten im Sinne von Planungs- und Durchführungsverantwortlichkeiten fest und beschreibt Rahmenbedingungen für eine verlässliche Realisierung von Bürgerbeteiligung. Für die Fachbereiche und Stabsstellen ergeben sich hieraus klare Strukturen und Verfahrensregeln für Abläufe, Zusammenarbeit und Verantwortlichkeiten für das jeweilige Beteiligungsvorhaben.

Bürgerbeteiligung wird als Querschnittsaufgabe in der Verwaltung verankert. Zur Unterstützung der Fachbereiche und Stabsstellen wurde der Fachdienst Bürgerbeteiligung, Ideen- und Beschwerdemanagement geschaffen. Ihm obliegt die Koordination der Beteiligungsangebote des Landkreises Marburg-Biedenkopf. Er unterstützt die fachlich zuständigen Fachbereiche/Stabsstellen bei der Koordination und Steuerung der Konzeption, Vorbereitung und Durchführung sowie bei der Qualitätssicherung und Evaluierung von Verfahren zur Bürgerbeteiligung.

Klar gefasste Rahmenbedingungen geben Sicherheit.

In der Konzeption werden die Rollen von Politik, Verwaltung und Bürgerschaft im Beteiligungsprozess dargestellt. Während der Politik die Aufgabe der Entscheidung zufällt, ist es an der Verwaltung die Entscheidungsvorhaben fachlich zu untermauern sowie die Verfahren operativ umzusetzen. Die Bürgerschaft unterstützt mit Ideen, Vorschlägen oder Argumenten die Entscheidungsvorbereitung durch die Verwaltung und die Entscheidungsfindung in den politisch legitimierten Gremien des Kreistages. Die Bürgerschaft hat die Möglichkeit sich mit Vorschlägen aktiv in die Verfahren und Projekte einzubringen. Ziel ist es hierbei auch, die unterschiedlichen Interessen miteinander in Einklang zu bringen. Bürgerinnen und Bürger sollen künftig frühzeitiger und umfassender informiert werden, vor und während des Verfahrens und vor allem über die Ergebnisse und deren Grundlagen.

Folgende der sowohl von der Bürgerschaft als auch von der Verwaltung genannten Themen wurden im Prozess als besonders beteiligungsrelevant identifiziert und werden von Seiten der Verwaltung vorbereitet. Hierzu gehören die Bereiche der Verkehrsinfrastruktur, Klima, Umwelt und Natur sowie Bildung:

- Im Bereich der Verkehrsinfrastruktur wurde im September 2015 bereits das Thema Radverkehrsentwicklung in einer ersten Runde unter Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern bearbeitet. Aktuell bereitet der Landkreis Marburg-Biedenkopf eine zweite Bürgerbeteiligungsrunde zu diesem Thema vor. Geplant ist die Durchführung bürgernaher Veranstaltungen vor Ort in Teilräumen des Landkreises.
- Im Bereich Bildung hat sich der Landkreis für die Teilnahme am Bundesprogramm „Bildung integriert“ beworben. Auch hier sind breite Bürgerbeteiligungsverfahren geplant.
- Im Bereich Klima, Umwelt und Natur ist das Thema „Biodiversität“ in Planung.

Die Initiative für Beteiligungsverfahren kann von der Verwaltung, dem Kreistag und der Bürgerschaft ausgehen.

- Fachbereiche/Stabsstellen initiieren formelle oder informelle Verfahren in Absprache mit der Dezernatsleitung
- Der Kreistag hat der Verwaltung einen grundsätzlichen Auftrag zur Bürgerbeteiligung erteilt. Er kann darüber hinaus die Durchführung von Beteiligungsverfahren durch Kreistagsbeschluss initiieren.
- Die Bürgerschaft kann Vorschläge zur Bürgerbeteiligung bei der Verwaltung über den Fachdienst Bürgerbeteiligung, Ideen- und Beschwerdemanagement einreichen (E-Mail, Beteiligungsplattform, Telefon/Fax, Persönlich (in der Kreisverwaltung), Soziale Medien, Post, Beschwerdekarte). Der Fachdienst Bürgerbeteiligung, Ideen- und Beschwerdemanagement bewertet die Eignung des Themas in Absprache mit den Fachbereichen/Stabsstellen und der Dezernatsleitung.

Die Gestaltung der Beteiligungsverfahren orientiert sich an der Konzeption und den Anforderungen der jeweiligen Beteiligung. Hierfür stehen eine Vielzahl von Methoden und Formaten zur Auswahl, sowohl elektronisch als auch vor Ort. Darüber hinaus wird der Bürgerbeteiligungsprozess unterstützt durch die vielfältigen Aktivitäten der Kreisverwaltung im Bereich Kommunikation und Information, wie z.B. durch den Website-Relaunch und den Aufbau des Bürger-GIS.

Mit dem Aufbau der beschriebenen internen Organisation und Strukturen ist der Landkreis bereits heute gut aufgestellt um den Bürgerbeteiligungsprozess in seinen qualitativen und quantitativen Anforderungen umzusetzen. Die Erfahrungen mit anderen großen Projekten und die Komplexität der Aufgabe lassen erwarten, dass für gelingende Projekte die Schaffung weiterer unterstützender Strukturen notwendig sein wird.

Die konzeptionelle Ausgestaltung der Bürgerbeteiligung im Landkreis wird sich im Sinne eines lernenden Systems entwickeln und verändern. Dieser Prozess wird in einem jährlichen Beteiligungsbericht fortgeschrieben und dem Kreistag zur Kenntnisnahme vorgelegt.

## 8 Fazit des Trialogs: Leitlinien

Im Rahmen des Trialogs zwischen Politik, Verwaltung und Bürgerschaft konnten zentrale Kernaussagen erarbeitet werden. Diese sollen dem Landkreis Marburg-Biedenkopf als Leitlinien für die weitere Arbeit dienen.

Der Trialog hat gezeigt:

1. Bürgerinnen und Bürger, Politik und Verwaltung betrachten sich gegenseitig mit Wertschätzung
2. Transparenz und Teilhabe von Bürgerinnen und Bürgern im Rahmen von politischen Entscheidungen und der Arbeit der Verwaltung sind von zentraler Bedeutung für die Entwicklung des Landkreises.
3. Bürgerbeteiligung ist geeignet, um das Wissen der Bürgerinnen und Bürger einzubeziehen, Strukturen und Entscheidungen in Politik und Verwaltung transparent und nachvollziehbar zu machen.
4. Bürgerbeteiligung ist eine wichtige Voraussetzung für die Identifikation mit dem Landkreis als lebenswerte Region und für Bürgerengagement.
5. Beteiligungsmöglichkeiten werden als Ergänzung zu den etablierten Formen der repräsentativen Demokratie verstanden. Bei Bürgerbeteiligung geht es nicht um Entscheidungen durch die Bürgerinnen und Bürger, sondern um mitdenken, Anregungen geben, Ideen haben, sich engagieren, sich identifizieren.
6. Im Rahmen des Trialogs zeichneten sich vor allem folgende Themen und Ansatzpunkte als für Bürgerbeteiligung im Landkreis geeignet ab: Mobilität, Infrastruktur, Leben im ländlichen Raum, Bildung, Gesundheit, Alt werden, Umwelt-, Klima- und Naturschutz
7. Wichtige qualitative Anforderungen an Bürgerbeteiligung sind: informell, frühzeitig, gut informiert, leicht verständlich, transparent, verlässlich, ernstgemeint, zielgruppengerecht
8. Verwaltung verpflichtet sich,
  - a. Akzeptanz und Wertschätzung gegenüber Bürgerinnen und Bürgern, ihren Meinungen und Ansichten, zu fördern.
  - b. Strukturen zu schaffen, um Bürgerbeteiligung zu planen, zu koordinieren und zu organisieren.
  - c. Fachbereichs-/stabsstellenübergreifende Zusammenarbeit auch im Rahmen der Bürgerbeteiligung zu fördern.
  - d. Ergebnisse von Verfahren zur Bürgerbeteiligung an die Öffentlichkeit zurückzumelden.
  - e. Eine zentrale Anlaufstelle (Beteiligungsplattform) zu schaffen, an der kontinuierlich Information zum Thema Bürgerbeteiligung, zu allen aktuellen, laufenden oder vergangenen Verfahren erhalten werden können.
  - f. Evaluierung und kontinuierliche Weiterentwicklung von Standards und Formaten sowie Berichterstattung in den Kreistag

## 9 Abkürzungsverzeichnis

BImSchG	Bundesimmissionsschutzgesetz
FB BWN	Fachbereich Bauen, Wasser- und Naturschutz
FB	Fachbereich
FD	Fachdienst
FJS	Familie, Jugend und Soziales
Bürger-GIS	Bürger-Geoinformationssystem
GSA	Fachbereich Gesundheitsamt
KJC	KreisJobCenter
ST	Stabsstelle
VHS	Volkshochschule



Herzlichen Dank für Ihre Zeit und Ihr Interesse!

Für Fragen und Anregungen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Ihr

Fachdienst Bürgerbeteiligung, Ideen- und Beschwerdemanagement im  
Fachbereich Büro der Landrätin

Telefon: 06421 405-1212

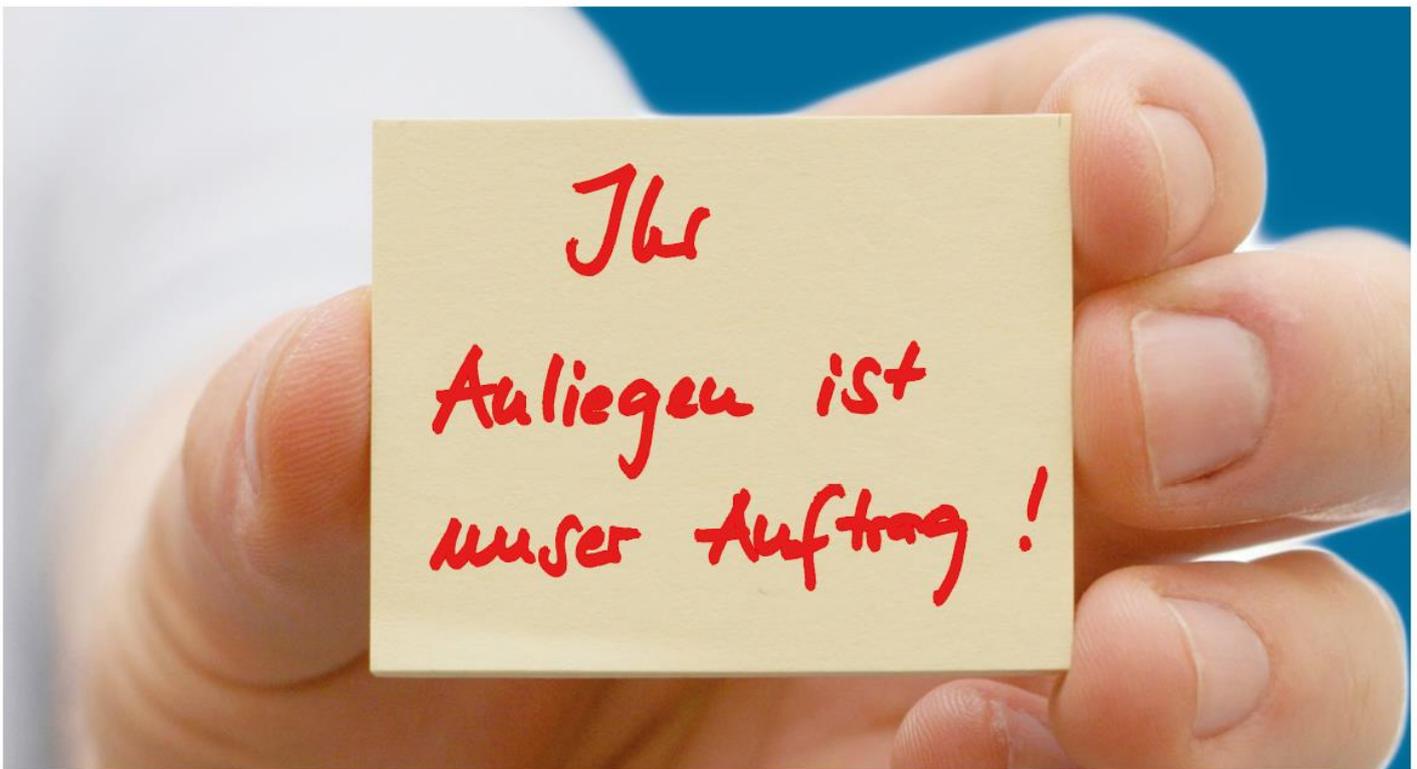
E-Mail: [buergerbeteiligung@marburg-biedenkopf.de](mailto:buergerbeteiligung@marburg-biedenkopf.de)



Fachbereich Büro der Landrätin, Fachdienst Bürgerbeteiligung, Ideen- und Beschwerdemanagement  
(v.r.n.l. Ruth Glörfeld (Fachdienstleiterin), Daniela Deuermeier, Sascha Hörmann)

Kreisausschuss  
Ideen- und Beschwerdemanagement

## Bürgerfreundliche Kreisverwaltung



Anregung | Idee | Lob | Hinweis | Dank | Beschwerde | Kritik

Ideen- und Beschwerdemanagement  
Tel.: 06421 405-1212; Fax: 06421 405-1400  
E-Mail: [beschwerde@marburg-biedenkopf.de](mailto:beschwerde@marburg-biedenkopf.de)  
Internet: [www.marburg-biedenkopf.de](http://www.marburg-biedenkopf.de)

